

Montagsdemo

Soziale Verantwortungslosigkeit

Berlin, 21. 01. 2008

Die Hochschulprofessoren P. Grottian, W.-D. Narr, R. Roth und der Politologe B. Ugarte Chacón haben der SPD eine soziale Verantwortungslosigkeit vorgeworfen.

Sie begründen ihre Kritik damit, dass die SPD vor den Wahlen die große soziale Gerechtigkeitspartei spiele, aber die Interessen von Hartz IV Empfängern, prekär Beschäftigten, Kindern und armen Rentnern stiefeltreterisch behandle. Die SPD ist exemplarischer Ausdruck der systematischen Missachtung von Menschen in existentiell prekären Lebensverhältnissen – von CDU/CSU und FDP erst gar nicht zu reden.

Dieser Umstand zeigt sich darin, dass die SPD die Überprüfung einer Erhöhung der ALG II Regelsätze mehrfach versprochen und diese Versprechen bis heute nicht eingehalten hat.

Das Arbeitsministerium hat zwar die Regelsätze überprüft und sich auf das Modell des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (von 347 Euro auf 420 Euro) zu bewegt. Das Bundeskabinett hat diesen Vorstoß gestoppt und die Erhöhungsdebatte vorerst für beendet erklärt. Inzwischen vertröstet Herr Struck die Öffentlichkeit mit einem Überprüfungsbericht für den Herbst 2008!

Sauerländer Erwerbslosen-Initiative - Blatt 104 25.02.2008

Armin Kligge, Ulrich Wockelmann, Johannes Peeren

Tel.: 02371-29408, Fax: 02371-27619 Mail: Armin.Kligge@gmx.de

<http://www.1webspaace.biz/g-punkt-iserlohn/montagsdemo.html>

Montagsdemo

Soziale Verantwortungslosigkeit

Berlin, 21. 01. 2008

Die Hochschulprofessoren P. Grottian, W.-D. Narr, R. Roth und der Politologe B. Ugarte Chacón haben der SPD eine soziale Verantwortungslosigkeit vorgeworfen.

Sie begründen ihre Kritik damit, dass die SPD vor den Wahlen die große soziale Gerechtigkeitspartei spiele, aber die Interessen von Hartz IV Empfängern, prekär Beschäftigten, Kindern und armen Rentnern stiefeltreterisch behandle. Die SPD ist exemplarischer Ausdruck der systematischen Missachtung von Menschen in existentiell prekären Lebensverhältnissen – von CDU/CSU und FDP erst gar nicht zu reden.

Dieser Umstand zeigt sich darin, dass die SPD die Überprüfung einer Erhöhung der ALG II Regelsätze mehrfach versprochen und diese Versprechen bis heute nicht eingehalten hat.

Das Arbeitsministerium hat zwar die Regelsätze überprüft und sich auf das Modell des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (von 347 Euro auf 420 Euro) zu bewegt. Das Bundeskabinett hat diesen Vorstoß gestoppt und die Erhöhungsdebatte vorerst für beendet erklärt. Inzwischen vertröstet Herr Struck die Öffentlichkeit mit einem Überprüfungsbericht für den Herbst 2008!

Sauerländer Erwerbslosen-Initiative - Blatt 104 25.02.2008

Armin Kligge, Ulrich Wockelmann, Johannes Peeren

Tel.: 02371-29408, Fax: 02371-27619 Mail: Armin.Kligge@gmx.de

<http://www.1webspaace.biz/g-punkt-iserlohn/montagsdemo.html>

Montagsdemo

Soziale Verantwortungslosigkeit

Berlin, 21. 01. 2008

Die Hochschulprofessoren P. Grottian, W.-D. Narr, R. Roth und der Politologe B. Ugarte Chacón haben der SPD eine soziale Verantwortungslosigkeit vorgeworfen.

Sie begründen ihre Kritik damit, dass die SPD vor den Wahlen die große soziale Gerechtigkeitspartei spiele, aber die Interessen von Hartz IV Empfängern, prekär Beschäftigten, Kindern und armen Rentnern stiefeltreterisch behandle. Die SPD ist exemplarischer Ausdruck der systematischen Missachtung von Menschen in existentiell prekären Lebensverhältnissen – von CDU/CSU und FDP erst gar nicht zu reden.

Dieser Umstand zeigt sich darin, dass die SPD die Überprüfung einer Erhöhung der ALG II Regelsätze mehrfach versprochen und diese Versprechen bis heute nicht eingehalten hat.

Das Arbeitsministerium hat zwar die Regelsätze überprüft und sich auf das Modell des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (von 347 Euro auf 420 Euro) zu bewegt. Das Bundeskabinett hat diesen Vorstoß gestoppt und die Erhöhungsdebatte vorerst für beendet erklärt. Inzwischen vertröstet Herr Struck die Öffentlichkeit mit einem Überprüfungsbericht für den Herbst 2008!

Sauerländer Erwerbslosen-Initiative - Blatt 104 25.02.2008

Armin Kligge, Ulrich Wockelmann, Johannes Peeren

Tel.: 02371-29408, Fax: 02371-27619 Mail: Armin.Kligge@gmx.de

<http://www.1webspaace.biz/g-punkt-iserlohn/montagsdemo.html>

Montagsdemo

Soziale Verantwortungslosigkeit

Berlin, 21. 01. 2008

Die Hochschulprofessoren P. Grottian, W.-D. Narr, R. Roth und der Politologe B. Ugarte Chacón haben der SPD eine soziale Verantwortungslosigkeit vorgeworfen.

Sie begründen ihre Kritik damit, dass die SPD vor den Wahlen die große soziale Gerechtigkeitspartei spiele, aber die Interessen von Hartz IV Empfängern, prekär Beschäftigten, Kindern und armen Rentnern stiefeltreterisch behandle. Die SPD ist exemplarischer Ausdruck der systematischen Missachtung von Menschen in existentiell prekären Lebensverhältnissen – von CDU/CSU und FDP erst gar nicht zu reden.

Dieser Umstand zeigt sich darin, dass die SPD die Überprüfung einer Erhöhung der ALG II Regelsätze mehrfach versprochen und diese Versprechen bis heute nicht eingehalten hat.

Das Arbeitsministerium hat zwar die Regelsätze überprüft und sich auf das Modell des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (von 347 Euro auf 420 Euro) zu bewegt. Das Bundeskabinett hat diesen Vorstoß gestoppt und die Erhöhungsdebatte vorerst für beendet erklärt. Inzwischen vertröstet Herr Struck die Öffentlichkeit mit einem Überprüfungsbericht für den Herbst 2008!

Sauerländer Erwerbslosen-Initiative - Blatt 104 25.02.2008

Armin Kligge, Ulrich Wockelmann, Johannes Peeren

Tel.: 02371-29408, Fax: 02371-27619 Mail: Armin.Kligge@gmx.de

<http://www.1webspaace.biz/g-punkt-iserlohn/montagsdemo.html>

Angesichts der Tatsache, dass sich die dramatische Verarmung der sozial Diskriminierten* seit Bildung der Großen Koalition von 2005 bis 2008 u. a. durch Nicht-Erhöhung der Regelsätze, Mehrwertsteuererhöhung, Lebensmittel- und Energiekostensteigerungen um 10-13% erhöht hat, fordern wir eine Erhöhung für ALG II Bezieher und einkommensschwachen Rentner von mindestens 20 %, um die Teilnahme am sozialen Leben zu gewähren.

Mit dieser Maßnahme sollte aber auch die Abschaffung der Repressalien, die sich aus der Hartz IV Gesetzgebung ergeben, einhergehen.

270 Mio. Euro für Schnüffeldienste auszugeben stehen für einen Überwachungsstaat – einer Demokratie sind sie unwürdig.

Eine vorerst 10-prozentige Sofort-Erhöhung würde im Bereich des ALG II nur ca. zwei Milliarden Euro kosten. Diese wären aus den Überschüssen der Bundesagentur für Arbeit wohl zu finanzieren.

Pressebericht liegt uns in der Originalfassung vor und kann hier eingesehen werden - Die Montagsdemo

* in Iserlohn mittlerweile ca.12 % der Bevölkerung

Angesichts der Tatsache, dass sich die dramatische Verarmung der sozial Diskriminierten* seit Bildung der Großen Koalition von 2005 bis 2008 u. a. durch Nicht-Erhöhung der Regelsätze, Mehrwertsteuererhöhung, Lebensmittel- und Energiekostensteigerungen um 10-13% erhöht hat, fordern wir eine Erhöhung für ALG II Bezieher und einkommensschwachen Rentner von mindestens 20 %, um die Teilnahme am sozialen Leben zu gewähren.

Mit dieser Maßnahme sollte aber auch die Abschaffung der Repressalien, die sich aus der Hartz IV Gesetzgebung ergeben, einhergehen.

270 Mio. Euro für Schnüffeldienste auszugeben stehen für einen Überwachungsstaat – einer Demokratie sind sie unwürdig.

Eine vorerst 10-prozentige Sofort-Erhöhung würde im Bereich des ALG II nur ca. zwei Milliarden Euro kosten. Diese wären aus den Überschüssen der Bundesagentur für Arbeit wohl zu finanzieren.

Pressebericht liegt uns in der Originalfassung vor und kann hier eingesehen werden - Die Montagsdemo

* in Iserlohn mittlerweile ca.12 % der Bevölkerung

Angesichts der Tatsache, dass sich die dramatische Verarmung der sozial Diskriminierten* seit Bildung der Großen Koalition von 2005 bis 2008 u. a. durch Nicht-Erhöhung der Regelsätze, Mehrwertsteuererhöhung, Lebensmittel- und Energiekostensteigerungen um 10-13% erhöht hat, fordern wir eine Erhöhung für ALG II Bezieher und einkommensschwachen Rentner von mindestens 20 %, um die Teilnahme am sozialen Leben zu gewähren.

Mit dieser Maßnahme sollte aber auch die Abschaffung der Repressalien, die sich aus der Hartz IV Gesetzgebung ergeben, einhergehen.

270 Mio. Euro für Schnüffeldienste auszugeben stehen für einen Überwachungsstaat – einer Demokratie sind sie unwürdig.

Eine vorerst 10-prozentige Sofort-Erhöhung würde im Bereich des ALG II nur ca. zwei Milliarden Euro kosten. Diese wären aus den Überschüssen der Bundesagentur für Arbeit wohl zu finanzieren.

Pressebericht liegt uns in der Originalfassung vor und kann hier eingesehen werden - Die Montagsdemo

* in Iserlohn mittlerweile ca.12 % der Bevölkerung

Angesichts der Tatsache, dass sich die dramatische Verarmung der sozial Diskriminierten* seit Bildung der Großen Koalition von 2005 bis 2008 u. a. durch Nicht-Erhöhung der Regelsätze, Mehrwertsteuererhöhung, Lebensmittel- und Energiekostensteigerungen um 10-13% erhöht hat, fordern wir eine Erhöhung für ALG II Bezieher und einkommensschwachen Rentner von mindestens 20 %, um die Teilnahme am sozialen Leben zu gewähren.

Mit dieser Maßnahme sollte aber auch die Abschaffung der Repressalien, die sich aus der Hartz IV Gesetzgebung ergeben, einhergehen.

270 Mio. Euro für Schnüffeldienste auszugeben stehen für einen Überwachungsstaat – einer Demokratie sind sie unwürdig.

Eine vorerst 10-prozentige Sofort-Erhöhung würde im Bereich des ALG II nur ca. zwei Milliarden Euro kosten. Diese wären aus den Überschüssen der Bundesagentur für Arbeit wohl zu finanzieren.

Pressebericht liegt uns in der Originalfassung vor und kann hier eingesehen werden - Die Montagsdemo

* in Iserlohn mittlerweile ca.12 % der Bevölkerung